

## **NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG**

**Sitzungsnummer:** SOA/03/2008  
**Gremium:** Sozialausschuss  
**Tag:** Dienstag, 27.05.2008  
**Ort:** Rathaus an der Volme, Sitzungsraum A.201  
**Beginn:** 16:00 Uhr

### **A. TAGESORDNUNG**

---

#### **I. Öffentlicher Teil**

---

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Mitteilungen
3. Bericht aus dem Seniorenbeirat
4. Bericht aus dem Behindertenbeirat
5. NKF-Haushaltsplanentwurf 2008
6. Bericht der Arge
7. Geschäftsbericht 2007 für den Fachbereich Jugend & Soziales  
Vorlage: 0467/2008
8. Zuschüsse an die Wohlfahrtsverbände und andere  
hier: Jahresberichte 2007  
Vorlage: 0468/2008
9. Integrationskonzept für die Stadt Hagen  
Zweite Lesung  
Vorlage: 0139/2008
10. Altenhagen - Programmgebiet Soziale Stadt  
hier: Verstetigung der Stadtteilentwicklung  
Vorlage: 0276/2008

11. Konsolidierung des städtischen Haushaltes, Erstes Sparpaket, DS-Nr. 0450/2008  
hier: vorgeschlagene Sparmaßnahmen  
Nr. 55-02 (55-M25) Beratung statt Heimunterbringung Demenzkranker  
Nr. 55-03 (55-M289) Eingangsdiagnostik bei Frühförderung von Kindern  
Nr. 55-05 Kündigung der Voerder Str. 33, Heim für Aussiedler und Kontingentflüchtlinge  
Nr. 55-06 Kürzung der Zuschüsse an die Wohlfahrtsverbände  
Nr. 53-01 (53-M08) Gesundheitsamt: Ersatzmaßnahmen HSK 2008  
Vorlage: 0481/2008
12. Anfragen gemäß § 6 Abs. 8 der Geschäftsordnung
13. Barrierefreier Zugang zu allen Ausstellungsräumen des Karl-Ernst-Osthaus-Museums  
Hier: Beschlussfassung des Behindertenrates vom 20.05.08

## **B. SITZUNGSVERLAUF**

---

### **I. Öffentlicher Teil**

---

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

#### **1. Feststellung der Tagesordnung**

Frau Machatschek begrüßt die Anwesenden und bittet um Zustimmung der Ausschussmitglieder, einen weiteren Tagesordnungspunkt 13 auf die Tagesordnung setzen zu dürfen. Dabei geht es um eine Beschlussausfertigung des Behindertenbeirates zum barrierefreien Zugang zu allen Ausstellungsräumen des Karl-Ernst-Osthaus-Museums, in der dieser den Sozialausschuss bittet, sich mit diesem Thema zu befassen.

Die Ausschussmitglieder sind damit einverstanden.

Dr. Schmidt merkt zu dem Tagesordnungspunkt 11 an, dass in der Lenkungsgruppe vereinbart worden sei, das Sparpaket nicht in den Ausschüssen zu diskutieren, sondern nur in den Pflichtausschüssen. Dieses teile er pflichtgemäß mit.

Hierzu ergänzt Frau Machatschek, dass die Ausschussmitglieder in ihren Fraktionen die Möglichkeit hätten, über das Sparpaket zu diskutieren. Sie fordert auf, an dieser Diskussion teilzunehmen, damit man zu guten Ergebnissen komme.

#### **2. Mitteilungen**

Herr Dr. Schmidt kündigt an, dass man sich nach etlichen Diskussionen entschieden habe, dem Ausschuss vorzuschlagen, die Freiwilligenzentrale weiter befristet für zwei Jahre mit 17.500 € jährlich zu bezuschussen. Eine entsprechende Vorlage werde in der nächsten Sitzung des Sozialausschusses präsentiert.

Frau Machatschek erklärt ihre besondere Freude über diese Mitteilung.

Dem Protokoll ist **als Anlage** eine Mitteilung für den Sozialausschuss zu den Vorlagen „Barrierefreies Planen und Bauen im öffentlichen Bereich“ beigelegt.

#### **3. Bericht aus dem Seniorenbeirat**

Herr Wegener erklärt, dass der Seniorenbeirat seit dem letzten Sozialausschuss noch nicht wieder getagt habe und er daher nicht Neues berichten könne.

#### 4. Bericht aus dem Behindertenbeirat

Herr Denecke freut sich, berichten zu können, dass die Probleme für Rollstuhlfahrer am Krematorium in Delstern behoben würden. Es sei vorgesehen, dort eine Rampe anzubringen.

#### 5. NKF-Haushaltsplanentwurf 2008

##### Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Machatschek begrüßt Herrn Koch als Vertreter der Kämmerei.

Herr Koch erläutert den NKF Haushaltsplanentwurf 2008.

Er weist darauf hin, dass als Tischvorlage "Erläuterungen der wesentlichen Erträge und Aufwendungen" ausgelegt worden sei. Über diese Liste ergebe sich ein Wiedererkennungswert zu den "alten" Haushaltsstellen.

Der Gesetzgeber habe sich vorgestellt, dass mit dem neuen System weniger über die Zahlen, sondern mehr über Ziele und Kennzahlen gesteuert werde.

Frau Machatschek bittet Herrn Koch, zum besseren Verständnis in Zusammenhang mit der Tischvorlage die Zahlen anhand eines Teilplanes zu erläutern.

Herr Koch kommt dieser Bitte nach.

Herr Rubis erklärt, dass ihm aufgefallen sei, dass in dem Teilplan 1.31.11 die Personalaufwendungen bis 2011 alle gleich hoch seien. Wie könne das sein?

Herr Koch führt das darauf zurück, dass man sich ein hohes Konsolidierungsziel bei den Personalkosten gesteckt habe. Dieses beinhalte Reduzierung von Personalkosten. Deshalb rechne man seit Jahren bei den aktiv Beschäftigten mit keinen Personalkostensteigerungen.

Herr Halbeisen drückt seine Ratlosigkeit aus. Er habe sich vorgenommen, sich bei der Abstimmung zu enthalten. Ihm fehlten die Vergleichsgrößen der Kennzahlen.

Herr Dücker schließt sich dem an. Er weist darauf hin, dass die Ausschussmitglieder im Jugendhilfeausschuss einen Ergebnisplan bekommen hätten. Es sei sicher hilfreich gewesen, diesen auch in der heutigen Sitzung zur Verfügung zu stellen.

Herr Koch schlägt vor, diesen Plan **als Anlage** dem Protokoll beizufügen.

Frau Machatschek weist darauf hin, dass aber heute in dieser Sache ein Beschluss gefasst werden müsse. Auch sie erklärt, dass es schwierig sei, das nachzuvollziehen. Sie könne ihre Vorredner sehr gut verstehen.

Frau Kurte erklärt, dass sie diesen Plan aus dem Jugendhilfeausschuss dabei habe. Vielleicht sei es hilfreich, wenn Herr Koch erkläre, was sich hinter den einzelnen Punkten verberge.

Herr Koch weist darauf hin, dass man in unterschiedlichen Beratungen verschiedene Hilfsmittel ausprobiert habe, um zu sehen, was sich am besten eigne. Er sei gerne bereit, den Ausschussmitgliedern die wesentlichen Punkte darzustellen.

Frau Machatschek greift den Wunsch von Frau Kurte auf. Man würde gern verstehen, worüber man hier beschließe.

Herr Koch macht anschließend einen Einstieg zu den wichtigsten Positionen, die in den einzelnen Zeilen auftauchen.

Frau Kurte vermisst bei den Erläuterungen von Herrn Koch den Bezug zu den Zahlen, die den Sozialausschuss betreffen.

Frau Machatschek schließt sich dem an und erklärt, dass eine beispielhafte Aufzählung ausreiche.

Herr Koch kommt den Wunsch des Ausschusses nach.

Frau Kuschel-Eisermann stellt eine Frage in Zusammenhang mit den Primärkosten, die von Herrn Koch beantwortet wird.

Frau Kurte möchte wissen, ob zukünftig die Kennzahlen aufgeführt seien.

Herr Dr. Schmidt beantwortet die Frage dahingehend, dass man im Bereich des Fachbereiches Jugend & Soziales auf einen breiten Fundus von Berichten zurückgreifen könne. Diese hätten aber noch keinen Konnex zum NKF-Haushalt. Zum nächsten Haushalt werde es diesen Konnex voraussichtlich geben. Die Bewertung der Leistung nur anhand von Zahlen sei schwierig.

Herr Steuber berichtet, dass er gerade an einem Seminar für Fachbereichsleiter teilgenommen habe, in dem es um Zielbildung, Berichtswesen und Kennzahlen gegangen sei. Man befinde sich ja jetzt quasi im Jahre Null. Die Frage, wie die Ziele und Indikatoren formuliert würden, müsse noch verwaltungsweit entwickelt und entschieden werden. Es gebe eine Empfehlung, pro Teilplan nur bis zu drei Ziele zu entwickeln. Man habe hier deutlich mehr gemacht. Es sei nun Aufgabe, die wesentlichen Schwerpunkte herauszufiltern und daraus verbindliche Ziele zu entwickeln, die messbar sein sollten. Dazu werde dann auch das Berichtswesen kommen. Dann werde es auch für den Ausschuss transparenter in der Zeitachse.

Frau Machatschek stellt den NKF-Haushaltsplanentwurf zur Abstimmung.

**Beschluss:**

Der Sozialausschuss stimmt dem Entwurf des NKF-Haushaltsplanes 2008 zu.

**Abstimmungsergebnis:**

<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmengleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: 11  
Dagegen: 0  
Enthaltungen: 4

**6. Bericht der Arge****Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Frau Machatschek begrüßt Frau Küper und Frau Oel von der Arge. Es habe einen Wechsel in der Arge gegeben. Herr Rumberg sei seit dem 31.03.08 nicht mehr Geschäftsführer der Arge. Derzeit habe Frau Küper die Leiung bis zum 01.07.08 übernommen. Dann werde Frau Kaus-Köster als neue Geschäftsführerin diese Aufgabe übernehmen.

Frau Küper erläutert die vorliegenden Berichte.

Herr Halbeisen erklärt, dass er gesehen habe, dass der Jahresbericht der Arge bereits im März fertig gestellt worden sei. Da für diese Sitzung eine Vielzahl von Berichten zu lesen gewesen seien, wäre es sinnvoll gewesen, den Bericht der Arge schon im April zu versenden. Er rege für das nächste Jahr an, die Berichte zu entzerren.

Weiterhin fragt er, was er unter „kumulierten Absolutwerten“ zu verstehen habe.

Frau Küper erläutert, dass es sich bei dem Plan um die Sollwerte handele. Die Istwerte seien die tatsächlich erreichten Ziele.

Außerdem möchte Herr Halbeisen wissen, wie viele Abgänge aufgrund von Sanktionen erfolgt seien.

Frau Küper erläutert dazu, dass es nicht um Sanktionen ginge, sondern um In-

tegration. Sie gehe davon aus, dass Herr Halbeisen Sanktionsquoten meine. Diese liege für alle SGB II-Empfänger bei 2,3 %.

Herr Halbeisen regt an, auch über diesen Bereich zukünftig Zahlen mit in den Bericht aufzunehmen.

Frau Küper greift diese Anregung für das nächste Jahr auf.

Herr Mervelskemper möchte wissen, ob der Trend sich fortsetze, dass sich auch 2008 eine Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze ergebe. Setze sich die positive Entwicklung bezüglich der Meldung von Ausbildungsstellen auch in diesem Jahr fort?

Die erste Frage beantwortet Frau Küper dahingehend, dass diese weiterhin gestiegen seien. Das gleiche gelte für die Meldung von Ausbildungsplätzen. Allerdings lägen hier noch keine genauen Zahlen vor, da das Ausbildungsjahr immer vom 01. Oktober bis zum 30. September laufe.

Frau Machatschek bedankt sich für den vorliegenden Bericht. Die Ziele, die von der Trägerversammlung gefordert worden seien, seien weitestgehend erreicht worden. Es habe sich von Seiten der Gesetzgebung gerade im Bereich der U-25-jährigen einiges geändert. Zu welchem Nachteil führe das für die Betroffenen? Es solle keine Maßnahmen mehr für Schulabschlüsse geben?

Frau Oel bestätigt diese Aussage. Angesprochen sei das Thema der sonstigen weiteren Leistungen. Hier könne man einige Dinge nicht mehr machen. Dies sei aber keine gesetzliche Vorgabe gewesen, sondern eine Vorgabe des Ministeriums. Zum Beispiel zum Thema „Hauptschulabschlüsse“ habe man gesagt, dass dies ausschließlich Aufgabe des Trägers Bundesagentur sei, diese zu fördern. Hier habe die Bundesagentur verschiedene eigene Maßnahmen.

Frau Machatschek möchte wissen, ob das bedeute, dass die Träger der bisherigen Maßnahmen wahrscheinlich jetzt raus fielen. Die Bundesagentur habe doch dann ihre eigenen Anbieter. Die Trägerlandschaft sei wieder benachteiligt.

Das wird von Frau Oel bestätigt. Es werde keinen Bruch von heute auf morgen geben. Verträge würden natürlich eingehalten.

Frau Machatschek erklärt, dass es wichtig sei, solche Informationen rechtzeitig zu bekommen, um auf anderen politischen Ebenen tätig zu werden. Die Struktur der Trägerlandschaft müsse erhalten bleiben.

Frau Oel berichtet, dass Herr Röspel bei der Arge gewesen sei. Diese Dinge seien auch erörtert worden. Diese Veränderung sei nicht von der Bundesagentur ausgegangen, sondern vom Ministerium.

Frau Machatschek bedankt sich bei den Vertreterinnen der Arge, bittet, den Dank an die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Arge weiterzugeben und wünscht weiterhin viele Erfolg bei der Arbeit. In Richtung von Herrn Halbeisen kann sie die Aussage verstehen und nimmt

die Anregung auf, die Berichte zukünftig zu entzerren. Man habe den Bericht der Arge in die vorherige Sitzung nehmen wollen. Dies habe aber leider nicht geklappt.

**7. Geschäftsbericht 2007 für den Fachbereich Jugend & Soziales**  
**Vorlage: 0467/2008**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Frau Machatschek schlägt vor, den Geschäftsbericht in der heutigen Sitzung als erste Lesung zu betrachten.

Herr Steuber erläutert den Bericht anhand von einigen Beispielen.

Herr Halbeisen fragt nach dem Stand der künftigen Entwicklung des Männerasyls. Wie sei der Stand der Angelegenheit? Hier müssten die Interessen der Betroffenen geschützt werden. Außerdem vermisst er in dem Bericht die Zahlen zum Mietwohnungsmarkt. Wie sei hier die Entwicklung einzuschätzen?

Dr. Schmidt verweist auf Seite 96 des Berichts, wo diese Informationen zu finden seien. Die Fachverwaltung teile die Auffassung zur Tuchmacherstraße. Es gehe aber darum, dass die Investoren das Gebäude vermarkten wollten. Dort sollten Geschäfte, Büros etc. geschaffen werden. Man habe inzwischen ein Objekt in der Plessenstraße für das Männerasyl ins Auge gefasst. Die Eignung werde im Moment geprüft.

Frau Machatschek teilt mit, dass sie in dieser Arbeitsgruppe sei, in der es darum gehe, möglicherweise einen neuen Standort zu finden oder den alten Standort zu erhalten. Von Seiten der Investoren würde Druck ausgeübt, aber die Fachverwaltung habe konsequent die sozialpolitischen Aspekte im Blick.

Herr Stüwe berichtet über die Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt. Auf Seite 95 sähe man, dass die Zahl der der Verwaltung bekannt gewordenen Fälle deutlich zurückgegangen sei. Die Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt käme dem auch entgegen. Es sei leichter, Wohnungen zu finden und über Mietrückstände zu verhandeln, weil genügend Wohnraum vorhanden sei.

Frau Machatschek stellt abschließend fest, dass der Geschäftsbericht als erste Lesung betrachtet wird.

**Beschluss:**

Die Vorlage wird in erster Lesung zur Kenntnis genommen.

**Abstimmungsergebnis:**

- |                                     |                                 |
|-------------------------------------|---------------------------------|
| <input type="checkbox"/>            | Einstimmig beschlossen          |
| <input type="checkbox"/>            | Mit Mehrheit beschlossen        |
| <input type="checkbox"/>            | Einstimmig abgelehnt            |
| <input type="checkbox"/>            | Mit Mehrheit abgelehnt          |
| <input type="checkbox"/>            | Abgelehnt bei Stimmengleichheit |
| <input type="checkbox"/>            | Ohne Beschlussfassung           |
| <input checked="" type="checkbox"/> | Zur Kenntnis genommen           |
| <input type="checkbox"/>            |                                 |

Dafür: \_\_\_\_\_

Dagegen: \_\_\_\_\_

Enthaltungen: \_\_\_\_\_

**8. Zuschüsse an die Wohlfahrtsverbände und andere  
hier: Jahresberichte 2007  
Vorlage: 0468/2008**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Frau Machatschek schlägt auch bezüglich dieses Berichtes vor, diesen als erste Lesung zu betrachten.

Herr Haensel erinnert daran, dass der Sozialausschuss es in den letzten Jahren so gehalten habe, sich in der ersten Lesung dieses Berichtes zu entscheiden, welcher Verband beim nächsten Mal eingeladen werde, um seine Arbeit vorzustellen.

Man einigt sich darauf, die Schuldnerberatung des Diakonischen Werkes einzuladen.

Herr Dr. Schmidt berichtet in diesem Zusammenhang, dass die Verträge mit den Verbänden unter Kürzung von deutlichen Prozentsätzen bis zum Jahr 2009 mit der Maßgabe verlängert worden seien, die Leistungen dann auszuschreiben. Es sollten nicht alle Leistungen ausgeschrieben werden, aber mindestens ein großer Teil davon. Man hoffe, dem Ausschuss nach den Sommerferien einen entsprechenden Entwurf präsentieren zu können. Dann würde er auch gern eine Diskussion darüber führen, ob auch Leistungen der Stadt in eine Ausschreibung kämen. Dann müsse sich natürlich die Stadt auch im Gegenzug auf solche Ausschreibungen selber bewerben dürfen. Das gelte erst für das Jahr 2010, so dass man zur Klärung der Fragen ausreichend Zeit habe.

Frau Buchholz möchte wissen, ob denn im Bezug auf eine mögliche Bewerbung der Stadt auch die rechtliche Grundlage geprüft werde. Nach ihrem Kenntnisstand wäre so etwas nicht möglich.

Herr Dr. Schmidt erinnert an die Ausschreibung der Schuldnerberatung, zu der es eine Stellungnahme des Rechtsamtes gegeben habe, dass die Stadt daran nicht teilnehmen dürfe. Er sei da anderer Auffassung gewesen. Das müsse noch einmal eingehend geprüft werden. In vielen EU-Ländern sei das üblich, dass Leistungen vergeben würden und dass sich auch Stadtverwaltungen darauf bewerben dürften.

**Beschluss:**

Die Vorlage wird in erster Lesung zur Kenntnis genommen.

**Abstimmungsergebnis:**

<input type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmengleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input checked="" type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: \_\_\_\_\_  
Dagegen: \_\_\_\_\_  
Enthaltungen: \_\_\_\_\_

**9. Integrationskonzept für die Stadt Hagen**  
**Zweite Lesung**  
**Vorlage: 0139/2008**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Frau Machatschek erinnert daran, dass es sich heute um die zweite Lesung der Vorlage handele.

Herr Dücker weist erneut darauf hin, dass die Vorlage nicht aufzeige, welche Kosten die geplanten Maßnahmen verursachten. Könnten zumindest die Personalkosten beziffert werden? Außerdem sehe er die Problematik, die angesprochenen Integrationsvereine zu motivieren, miteinander zu arbeiten. Seien dort Vorstellungen vorhanden, Impulse zu geben?

Herr Kühn erklärt, dass im Text der Vorlage Kosten ausgewiesen seien. Dort werde deutlich, dass Integration Geld koste. Der Beschlussvorschlag laute al-

lerdings, dass die Verwaltung aufgefordert werden solle, die Maßnahmen kostenneutral durchzuführen.

Zur zweiten Frage führt er aus, dass die Motivation der Integrationsvereine eine schwierige Sache sei. Diese seien wenig bereit, sich an einem Gesamtintegrationskonzept zu beteiligen. Das könne man als Stadt aber auch nicht einfordern. Aufgabe sei es, die Stadt Hagen für Migranten tauglich zu gestalten. Niemand dürfe aufgrund seines Migrantenstatus benachteiligt werden.

Frau Neuhaus kann sich nicht vorstellen, dass einem Migranten die Aufnahme in einem deutschen Sportverein verwehrt werde. Integration sei genau die Tatsache, dass diese Menschen in die vorhandenen Strukturen integriert würden.

Herr Kühn fühlt sich missverstanden. Es gehe nicht darum, dass jemand diskriminiert würde. Es gehe darum, allgemeine Bedingungen so zu gestalten, dass keine strukturelle Benachteiligung statfinde. Es müsse ein Ausgleich geschaffen werden.

Herr Kilic ist der Meinung, dass der Sportbereich in diesem Konzept nicht ausführlich genug behandelt würde. Der Sportausschuss solle sich seiner Meinung nach auch mit dieser Vorlage befassen. Weiterhin sei ihm aufgefallen, dass die Aussiedler in diesem Konzept auch zu kurz kämen.

Im Namen des Integrationsrates bemängelt er, dass im letzten Satz unter Punkt 3 die Formulierung nicht konkret genug sei. Er schlage vor, dass in dem Beschlussvorschlag folgende Formulierung aufgenommen würde:

„Der Sozialausschuss empfiehlt dem Rat, die Finanzierung der aufgeführten Maßnahmen sicherzustellen.“

Er fordert die Verwaltung auf, die Höhe der entstehenden Kosten zu beschreiben. Außerdem fehle eine Koordinierungsstelle. Die Koordinierung der Maßnahmen sei eine wichtige Aufgabe, damit keine Maßnahmen auf der Strecke blieben. Weiterhin sei er der Meinung, dass eine internationale Begegnungsstätte für Migranten geschaffen werden müsse.

Herr Steuber macht deutlich, dass es sich hier um eine „weichgespülte Vorlage“ handle. Ansonsten läge diese dem Ausschuss heute nicht zur Beratung vor. Sollten die Finanzierungsquellen, die man jetzt habe, weg brechen, werde die Verwaltung sich um andere Finanzierungsquellen bemühen. Man habe in dieser Vorlage eine Reihe von aktuellen Maßnahmen und deren Finanzierung beschrieben. Es würden auch neue Finanzierungsquellen aufgeschlossen werden. Man sei zum Beispiel im vorschulischen Bereich nicht mehr nur auf eine Finanzierung durch die Sparkassenspende angewiesen, da der Gesetzgeber hier Geld zur Verfügung stelle. In Hagen käme bereits ein sehr hoher Aufwand für solche Integrationsmaßnahmen dem betroffenen Personenkreis zugute. Natürlich wäre es wünschenswert, noch mehr in diesem Bereich zu tun. Die Integrationskonferenz sei durchgeführt worden, damit daraus neue Vorschläge gemacht würden. Diese sollten dann mit Priorität versehen und versucht werden, diese zu realisieren. Bezüglich der Subsumierung von Kosten im Personalbereich werde vielleicht in Zukunft das NKF Auswertungsmöglichkeiten bieten.

Herr Kühn weist darauf hin, dass der Integrationsrat den von Herrn Kilic gemachten Vorschlag noch nicht beschlossen habe. Dieser habe seine Sitzung

wegen Beschlussunfähigkeit verschoben.

Herr Mervelskemper sieht den finanziellen Gesichtspunkt bei dieser Vorlage gar nicht im Vordergrund. In dieser Vorlage würden viele Selbstverständlichkeiten beschrieben. Viele Dinge müsse man perspektivisch sehen. Er sei der Meinung, dass der Sozialausschuss den Beschlussvorschlag so übernehmen solle, um nach außen ein Signal zu setzen, dass man sich in Hagen auch für die Migranten einsetze.

Herr Dücker macht deutlich, dass die Stadt Hagen sich in einem Zustand befände, in der sie total desolat sei. Man könne das jetzt so beschließen, aber gleichzeitig schon wissen, dass man personell und finanziell nicht in der Lage sei, das einzuhalten. Es mache keinen Sinn, Hoffnungen zu schüren. Er werde sich aus diesem Grund bei der Abstimmung enthalten.

Herr Wegener berichtet, dass sich der Seniorenbeirat im April auch sehr kontrovers mit dieser Frage beschäftigt habe, weil man auch die Not der Älteren in diesem Bereich gesehen habe. Es finde keine soziale Anbindung in dieser Gesellschaft statt. Hier müsse noch mehr getan werden. Die Beratung im Seniorenbeirat sei noch nicht abgeschlossen und man wolle die Ergebnisse, wenn sie vorlägen, gern im Sozialausschuss präsentieren.

Frau Buchholz warnt davor, an falscher Stelle zu sparen. Wenn man das Integrationskonzept nicht ernst nehme, werde sich das bitter rächen. Über einzelne Positionen könne ja man diskutieren, aber grundsätzlich müssten die Mindestanforderungen erfüllt sein.

Herr Steuber möchte von Herrn Dücker wissen, ob sich seine Bedenken gegen alle Beschlussvorschläge richteten oder nur gegen einzelne, bei denen es um weiterführende Aktivitäten ginge. Die Verwaltung habe sich vorgestellt, mit dem vorhandenen Personal diese Aufgaben nach Priorität zu bewerkstelligen. Er erlaube sich den Hinweis, dass der Rat im Zuge der Diskussion um die Demographieveränderung diese Fragestellung der Integration von Menschen in Hagen mit Priorität versehen habe. Hier läge ein klassischer Zielkonflikt vor, der vielleicht irgendwann irgendwie aufgelöst werden müsse.

Frau Kurte erinnert daran, dass diese Vorlage aus der Interkulturvorlage entstanden sei. Seit zwei Jahren habe es 14 Durchläufe gegeben. Es störe sie, dass sie immer diese ausschweifenden Vorlagen bekäme und keine Fakten. Herr Steuber habe gesagt, dass diese Vorlage zu diesem Zeitpunkt nicht vorgelegt hätte werden können, wenn die finanziellen Auswirkungen ermittelt worden seien. Es sei schon ein solcher Aufwand betrieben worden. Ihr fehlten die daraus resultierenden Erfolge.

Frau Machaschek bestätigt, dass man es hier mit einer Vorlage zu tun habe, die einen langen Vorlauf habe. Sie wundere sich, dass man jetzt in zweiter Lesung die Vorlage nicht beschließen wolle. Es gebe keine Neuigkeiten in dieser beschreibenden Vorlage. Es sei deutlich gemacht worden, dass auf keinen Fall Kosten entstehen dürften. Man wolle Integration nach vorne bringen. Das passe aber nicht von alleine, sondern da müssten Menschen dahinter stehen.

Das sei die Grundlage der Vorlage. Wenn man als Sozialausschuss solche Vorlagen schon im Vorfeld zurückweise, dann stelle sich die Frage, was man denn eigentlich noch tun könne. Dem Antrag von Herrn Kilic würde sie zum jetzigen Zeitpunkt im Hinblick auf eine gesicherte Finanzierung niemals zustimmen. Aber sie wolle ein Votum dafür abgeben, dass die Verwaltung beauftragt werde, andere Finanzierungsmöglichkeiten zu finden und vorhandene Stellen zu nutzen.

Frau Kurte beantragt für ihre Fraktion, den Punkt 6 der Beschlussvorlage bezüglich der Erhebung und Auswertung von Daten und Indikatoren rauszunehmen. Dies sei eine umfangreiche Arbeit und Daten und Indikatoren lägen doch wohl schon vor.

Herr Kühn erwidert, dass dies einer der zentralen Punkte der Integrationskonferenz gewesen sei. Es sei gefragt worden, über wen man eigentlich rede. Wer zähle zum Kreis der Migranten? Migranten definierten sich genau wie Einheimische in ihren Rollen, die sie hätten. Dies sei sehr schwierig zu erfassen. Man müsse das Ziel erreichen, dass diese Stadt jedem, der in ihr wohne, gleiche Chancen biete. Die Landesregierung frage regelmäßig nach, was in diesem Bereich getan werde.

Herr Steuber verweist auf die Kurzfassung der Vorlage, der zu entnehmen sei, dass der Rat die Verwaltung am 22.02.07 beauftragt habe, dieses Konzept zu erarbeiten.

Herr Kilic erklärt, dass es an der Zeit sei, dieses Konzept umzusetzen.

Herr Rubis erklärt, dass in diesem Zusammenhang zwei Dinge für ihn wichtig seien. Das sei einmal der Punkt 7, der besage, dass ein weiterer Sachstandsbericht bis 2009 erwartet werde. Der andere Punkt stehe auf Seite 33, dass keine personellen und finanziellen Auswirkungen entstünden.

Frau Machatschek stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

### **Beschluss:**

1. Der vorliegende Sachstandsbericht wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, das Integrationskonzept so wie in der Vorlage beschrieben weiterzuentwickeln
3. Die bereits laufenden Maßnahmen
  - Koordinierung der Integrationskurse sowie bedarfsgerechte Sprachförderangebote der VHS
  - Sprachförderangebote des Fachbereiches Jugend & Soziales und der RAA im Elementar- und Primarbereichsollen in den Jahren 2009 / 2010 fortgeführt werden.  
Falls künftig eine Finanzierung über die Sparkassenspende nicht mehr möglich sein sollte, wird die Verwaltung beauftragt, andere Finanzierungsmöglichkeiten kostenneutral darzustellen.

4. Es wird eine Stadtteilintegrationskonferenz zunächst für den Stadtteil Wehringhausen durchgeführt.
5. Die in Hagen vorhandenen Integrationsangebote werden im städtischen Internetangebot gebündelt dargestellt.
6. Die Verwaltung wird beauftragt, ressortübergreifend und unter Beteiligung der freien Träger die weiteren Maßnahmen umzusetzen. Zur Evaluation der Integrationsarbeit sind Daten und Indikatoren zu erheben und auszuwerten.
7. Ein weiterer Sachstandsbericht wird bis Mai 2009 erwartet.

**Abstimmungsergebnis:**

<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmengleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: 9  
Dagegen: 0  
Enthaltungen: 5

**10. Altenhagen - Programmgebiet Soziale Stadt  
hier: Verstetigung der Stadtteilentwicklung  
Vorlage: 0276/2008**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Frau Kuschel-Eisermann fragt zum Finanzierungsplan 2009 nach, in dem steht, dass die Fortführung von freiwilligen Maßnahmen derzeit haushaltsrechtlich nicht zulässig sei. Wie solle sie das verstehen?

Frau Machatschek weist darauf hin, dass man das zur Kenntnis nehme. Dies sei ein Bericht, den man eingefordert habe.

Eine weitere Diskussion findet zu diesem Tagesordnungspunkt nicht statt.

**Beschluss:**

Der Bericht zur Verstetigung der Stadtteilentwicklung im Programmgebiet „Soziale Stadt Altenhagen“ wird zur Kenntnis genommen.

**Abstimmungsergebnis:**

<input type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmengleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input checked="" type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: \_\_\_\_\_

Dagegen: \_\_\_\_\_

Enthaltungen: \_\_\_\_\_

11. **Konsolidierung des städtischen Haushaltes, Erstes Sparpaket, DS-Nr. 0450/2008**  
**hier: vorgeschlagene Sparmaßnahmen**  
Nr. 55-02 (55-M25) Beratung statt Heimunterbringung Demenzkranker  
Nr. 55-03 (55-M289) Eingangsdiagnostik bei Frühförderung von Kindern  
Nr. 55-05 Kündigung der Voerder Str. 33, Heim für Aussiedler und Kontingentflüchtlinge  
Nr. 55-06 Kürzung der Zuschüsse an die Wohlfahrtsverbände  
Nr. 53-01 (53-M08) Gesundheitsamt: Ersatzmaßnahmen HSK 2008  
Vorlage: 0481/2008

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Frau Machatschek gibt dem Antragsteller die Möglichkeit, seinen Antrag zu erläutern.

Herr Halbeisen erläutert das Anliegen seiner Fraktion.  
Anschließend bittet er um darum, die Punkte zu diskutieren und eine Empfehlung an den Rat der Stadt Hagen zu geben.

Frau Kurte stellt im Namen ihrer Fraktion den Antrag zur Geschäftsordnung, die Beratung der Vorlage abzulehnen.

Frau Machatschek teilt dazu mit, dass die CDU- und die SPD-Fraktion vereinbart hätten, dem Vorschlag des Ältestenrates zu folgen und die Punkte des Sparpaktes nicht zu beraten. Man habe dazu gesagt, dass man am kommenden Donnerstag einen Ratsbeschluss dazu haben werde, in dem die nachfolgenden Ausschüsse aufgefordert würden, dies nicht zu beraten. Der Sozialausschuss und der Kulturausschuss seien die vorberatenden Ausschüsse. All das, was mit finanziellen Belastungen geprägt sei, könne nicht mehr in den Fachausschüssen beraten werden. Sie lade die Ausschussmitglieder ganz herzlich ein, diese Diskussion in den Fraktionen zu führen. Dies sei sehr wichtig.

Herr Haensel möchte den Ausschuss daran erinnern, dass man Menschen, die als sachkundige Bürger in den Ausschuss berufen worden seien, um sie zu den inhaltlichen Fragen zu befragen, damit im Verfahren ausschließen. Das könne er nicht nachvollziehen.

Frau Machatschek entgegnet daraufhin, dass die sachkundigen Bürger die Möglichkeit hätten, an den Fraktionssitzungen teilzunehmen. Dort müsse die Diskussion stattfinden.

Frau Kurte schließt sich dieser Meinung an.

Herr Halbeisen hält dieses Verfahren für undemokratisch. Er fühle sich in seinem Recht als sachkundiger Bürger beschnitten, zu diesem Thema eine Meinung zu äußern. Er stelle daher formal den Antrag, dass dieser Tagesordnungspunkt zugelassen werde.

Frau Machatschek greift den Vorschlag zur Geschäftsordnung von Frau Kurte auf und lässt darüber abstimmen, ob dieser Tagesordnungspunkt beraten wird.

Nach der Abstimmung schließt sie diesen Tagesordnungspunkt ab.

### **Beschluss:**

Das Sparpaket wird im Sozialausschuss nicht beraten.

### **Abstimmungsergebnis:**

<input type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input checked="" type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmengleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: 13  
Dagegen: 2  
Enthaltungen: 0

**12. Anfragen gemäß § 6 Abs. 8 der Geschäftsordnung**

Frau Kurte möchte wissen, ob die Mittel für die Soziale Stadt Wehringhausen gesichert seien.

Herr Steuber stellt dazu fest, dass dies eine Frage der Prioritätsentscheidung des Rates sei. Welche Projekte auf die Prioritätenliste kämen, müsste entschieden werden. Im Moment sei alles offen.

Herr Weber hat im Namen seiner Fraktion eine Anfrage zur Grundsicherung im Alter, die wie folgt lautet:

„Wir bitten um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viele Personen haben in Hagen, zum Stichtag 31.03.2008, einen Antrag auf Grundsicherung gestellt?
2. Wie viele der Anträge wurden abschließend bearbeitet?
3. Wie viele Anträge wurden davon positiv beschieden?
4. Wie lange war die durchschnittliche Bearbeitungsdauer?
5. Wie hoch ist der durchschnittliche Betrag, den die Empfänger von der Stadt erhalten?

Für die Fragen 1 bis 5 bitten wir um die Unterteilung in Frauen und Männer.

Die Beantwortung dieser Anfrage ist dem Protokoll **als Anlage** beigelegt

**13. Barrierefreier Zugang zu allen Ausstellungsräumen des Karl-Ernst-Osthaus-Museums**

**Hier: Beschlussfassung des Behindertenrates vom 20.05.08**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Frau Kreiss liest den Beschluss des Behindertenbeirates vor und führt in die Sachlage ein.

Herr Meier möchte wissen, ob die Verwaltung in irgendeiner Form den Umstand mit dem Bauordnungsamt erörtert habe. Er könne sich erinnern, dass man seinerzeit schon über diesen Punkt gesprochen habe. Damals sei eine Kompromisslinie gesucht worden. Es stelle sich die Frage, ob sich an der Personalsituation auch etwas verändert habe, so dass die gemachten Zusagen aus diesem Grund nicht eingehalten werden können?

Frau Kreiss bestätigt, dass diese seinerzeit gefundene Lösung vom Behindertenbeirat mitgetragen worden sei. Nunmehr seien zusätzlich noch zwei große Ausstellungsräume betroffen, die nicht von einem Rollstuhlfahrer oder einer Mutter mit Kinderwagen erreicht werden könnten. Die Situation habe sich entgegen der Zusagen gravierend verändert. Mit dem Bauordnungsamt habe man aufgrund der Kürze der Zeit noch keinen Kontakt aufnehmen können.

Frau Neuhaus ist der Meinung, dass eine Möglichkeit gefunden werden müsste, den Lastenaufzug zu benutzen. Es könne aufgrund entstehender Kosten kein neuer Aufzug eingebaut werden.

Frau Kreiss weißt darauf hin, dass die Umgestaltung für die Nutzung des Lastenaufzuges möglicherweise teurer werden könnte. Anliegen des Behindertenbeirates sei es, dass der barrierefreie Zugang zu den beiden großen Ausstellungsräumen in irgendeiner Form gewährleistet würde.

Frau Machatschek verweist auf das geltende Landesgesetz, das genau vorschreibe, was zu tun sei. In allen europäischen Ländern sei alles barrierefrei und werde bereits bei der Planung berücksichtigt. Nur in unserem Land rege man sich darüber auf, dass das Geld koste. Wenn das von Anfang an mit berücksichtigt würde, dann verursache es keine Mehrkosten. Der Behindertenbeirat solle immer alle Kompromisse akzeptieren. Das könne nicht sein.

Herr Schellhorn ist der Meinung, dass, wenn gesetzliche Grundlagen nicht eingehalten würden, die Verantwortlichen dies verantworten müssten. Er könne sich nicht vorstellen, dass der Anteil der Gehbehinderten so groß sei, dass sich keiner fände, bei der Benutzung des Lastenaufzuges Hilfestellung zu leisten.

Herr Steuber gibt den Hinweis, dass sich die Frage stelle, ob aufgrund der Kürze der Zeit diese Fragestellung ausreichend geprüft worden sei. Er zitiert den anzuwendenden Gesetzestext aus dem Behindertengleichstellungsgesetz. Träfe diese Voraussetzung zu? Soweit er das erkennen könne, sei das Karl-Ernst-Osthaus-Museum nicht in wesentlichen Teilen umgebaut oder erweitert worden. Zunächst müsse also geprüft werden, ob diese Voraussetzungen vorlägen. Sollten dies der Fall sein, müsse man auch eine Lösung finden.

Frau Buchholz ist der Meinung, dass es auch dann, wenn die Voraussetzungen nicht vorlägen, für behinderte Menschen möglich sein müsse, diesen Aufzug zu benutzen.

Frau Kreiss weist darauf hin, dass das Gleichstellungsgesetz besage, dass die Behinderten sich selbständig bewegen können müssten, ohne auf die Hilfe anderer Menschen angewiesen zu sein.

Herr Wegener bittet, den Forderungen des Behindertenbeirates zu folgen.

Frau Machatschek möchte wissen, wie eilig diese Angelegenheit sei. Man habe bilateral überlegt, zunächst die offenen Fragen zu klären. Ihr Vorschlag sei, das Anliegen heute als erste Lesung zu betrachten.

Herr Dücker möchte diesen Beschluss fassen, damit schon einmal Fakten da seien und sich die Bauverwaltung und die Bauplanung verpflichtet fühlen, die Sachlage zu prüfen. Er würde gern wissen, was dort fehl gelaufen sei.

Frau Buchholz schlägt vor, einen Prüfauftrag mit einzubinden.

Frau Machatschek formuliert den Beschlussvorschlag und stellt diesen zur Abstimmung.

### **Beschluss:**

Der Sozialausschuss folgt dem Beschluss des Behindertenbeirates vom 20.05.2008.

Gleichzeitig werden die Bauaufsicht und die Leitung des Karl-Ernst-Osthaus-Museums beauftragt, zu prüfen, wie es zu dieser Situation kommen konnte und eine Lösung herbeizuführen.

### **Abstimmungsergebnis:**

<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmengleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: 15  
Dagegen: 0  
Enthaltungen: 0

Ende des öffentlichen Teiles: 18.40 Uhr

Gez. Machatschek  
Vorsitzende

Gez Krause  
Schriftführerin